

3
4
5 **Neu:**

6
7 **Dringlichkeitsantrag**

8
9 **an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**
10 **am 12. und 13. Oktober 2013 in Magdeburg**

11
12
13 **100 Prozent sozial – auch nach der Wahl!**

14
15 DIE LINKE bleibt – mit einem achtbaren Ergebnis im Bund sowie in Hessen. Mit 8,6
16 Prozent ist DIE LINKE in den Bundestag eingezogen, eine starke Fraktion dort ist für
17 die gesamte Partei von Bedeutung, sie kann Kompetenzen erarbeiten, eine breite
18 Öffentlichkeit und Kontakte erschließen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit 23,9
19 Prozent das beste Zweitstimmenergebnis im Ländervergleich unserer Partei erzielt.
20 Dennoch liegt dieses Resultat hinter unseren Erwartungen. Wir haben gegenüber
21 dem Ergebnis 2009 absolut etwas mehr als ein Viertel unserer Stimmen verloren.
22 Dennoch, in den vergangenen anderthalb Jahren haben wir uns stabilisiert. Wir
23 haben gelernt, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und politische
24 Kontroversen produktiv und sachlich auszutragen. Dies verdanken wir einer
25 gemeinsamen Kraftanstrengung im Wahlkampf – geschlossen, leidenschaftlich und
26 kreativ.

27
28 Die Frage nach politischen Alternativen stellt sich seit dem 22. September genau so
29 dringend wie vor der Wahl. SPD, LINKE und GRÜNE könnten zusammen eine
30 alternative Regierungsmehrheit bilden. Dennoch wird Angela Merkel die nächste
31 Regierung führen – die CDU hat nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt, dafür ist
32 ihr die marktradikale FDP als Koalitionspartner abhanden gekommen. In Zeiten der
33 Unsicherheit fehlt der Mut für den politischen Wechsel – Angela Merkel hat die
34 Wahl gewonnen mit dem diffusen Sicherheitsversprechen, die Krise rücke nicht
35 weiter an Deutschland heran. Viele Wählerinnen und Wählern haben in Zeiten der
36 Unruhe auf die Konstante der Bundeskanzlerin gesetzt. Und viele Nichtwählerinnen
37 und Nichtwähler haben aufgegeben, so wie die Politik sie, oder sie haben im
38 nationalistischen Kurs der Alternative für Deutschland ein Ventil für Protest
39 gefunden.

40
41 Ein wirklicher Politikwechsel – für einen flächendeckenden gesetzlichen
42 Mindestlohn, der vor Altersarmut schützt, für eine auskömmliche finanzielle
43 Ausstattung der Kommunen, eine gerechte Steuerpolitik, ein der vielfältigen Realität
44 zugewandtes Familienbild – ist nicht zu erwarten. Vieles von dem, worum die SPD

und ebenso die GRÜNEN im Wahlkampf gerungen haben, was auch von LINKEN Unterstützung erfährt, würde in einer künftigen Koalition mit der CDU geopfert. Eingemauert haben sich SPD und GRÜNE vor der Wahl – genauso viel Kraft wie in den Antimerkel-Wahlkampf wurde in die Ausgrenzung der LINKEN investiert. Diese Strategie ist gescheitert. Notwendig ist hier ein Umdenken: Für ein Bündnis des sozialen Fortschritts, für mehr Demokratie, für öffentliche Investitionen, für eine sozial-ökologische Modernisierung und eine Überwindung von Krieg als Mittel der Außenpolitik. Wir stehen dafür bereit – in den Schritten kompromissfähig, aber in der Richtung konsequent.

Stattdessen liegen vor uns weitere Jahre sozialer Schieflage. Sozialer Ausgleich erfordert soziales Umverteilen. Die CDU hat sich im Wahlkampf dieser Logik verweigert. Die **Lebenslüge neoliberaler Finanzpolitik** gibt vor, Steuersenkungen würden sich quasi durch wirtschaftliches Wachstum selbst refinanzieren. Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen zeigt dagegen anderes: Auf der einen Seite stehen Rekordgewinne in der Wirtschaft, insbesondere bei großen Unternehmen. Auf der anderen Seite arbeitet in Deutschland fast ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Vor allem in den neuen Bundesländern zeigt sich diese Entwicklung noch einmal dramatischer. Die Ungleichheit der Löhne ist spätestens seit den so genannten Sozialreformen der Hartz-Gesetze immer weiter vorangeschritten. Die Entlastung Vermögender und großer Unternehmen ist immer wieder durch den Abbau von sozialen Leistungen und durch die abhängig Beschäftigten bezahlt worden.

Die Landesregierung von CDU und SPD folgt diesem Spardiktat

Das politische Profil von SPD und CDU in Sachsen-Anhalt beschränkt sich auf einen **rigiden Sparkurs** – für beide nicht nur notwendiges Übel sondern im Grunde akzeptierte politische Strategie. Politisches Engagement, die prekäre finanzielle Ausstattung des Haushaltes der Länder und der Kommunen zu verbessern, ist weder in der Landesregierung noch in den Koalitionsparteien erkennbar.

Die Koalitionsparteien bedienen **einen Mechanismus der sich selbst erfüllenden Prophezeiung**: Die mittelfristige finanzielle Entwicklung wird durch überzogen schlechte Kennziffern wie z.B. die prognostizierten Abwanderungszahlen dramatisiert. Die Potenziale künftigen wirtschaftlichen Wachstums und damit steigender eigener Steuereinnahmen bleiben unberücksichtigt. Durch ein negatives Zukunftsszenario werden politische Entscheidungen vorangetrieben, in deren Folge sich die schlechten Prognosen quasi von selbst erfüllen. Vor allem **zu Lasten von Zukunftspotenzialen** unseres Landes soll gespart werden: in den Schulen, den Hochschulen, in der Wissenschaft. Der kulturelle Reichtum wird empfindlich beschnitten. Für Kinder, für Jugendliche und für Menschen in schwierigen

Lebenslagen werden viele Unterstützungsangebote gefährdet oder gar aufgekündigt.

Dieser Schrumpfungskurs gefährdet die **demokratischen Grundlagen in unserem Land**. Bürgerinnen und Bürger kündigen politisches Interesse und Mitbestimmung auf. Immer mehr Menschen entscheiden sich dagegen, in Sachsen-Anhalt zu arbeiten und zu leben. Dieser politische Kurs muss ausgebremst werden. Eine andere Politik ist möglich!

Protest und Widerspruch sind nötig!

Die Mehrheit der Sachsen-AnhalterInnen ist mit dieser Politik der Landesregierung unzufrieden. Studierende, WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende und Menschen, die von den sozialen Kürzungen betroffen sein werden, haben begonnen, ihrem Unmut eine lautstarke Stimme zu geben. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Interessenverbänden von Kindern und Jugendlichen und den Wohlfahrtsverbänden wollen sie nicht hinnehmen, auf das Mittelmaß anderer Bundesländer zurück geworfen zu werden. DIE LINKE unterstützt diese Proteste engagiert und konsequent.

DIE LINKE wirkt: Als stärkste Oppositionspartei für Alternativen streiten!

Mit einer Neuauflage einer CDU-geführten Koalition nach der Bundestagswahl wird eine substanzielle Verbesserung der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte nicht zu erwarten sein.

DIE LINKE bleibt dabei: Für einen Zugewinn an politischer und demokratischer Gestaltungsfähigkeit im Sinne einer sozial-ökologisch nachhaltigen Gesellschaft braucht es eine grundsätzlich andere, eine gerechte Steuerpolitik und ein solidarisches Finanzierungssystem für die Länder und Kommunen. Wir fordern einen neuen Solidarpakt III, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von prekären Regionen in Ost und West voranzubringen.

Die langfristig notwendige Bewältigung der finanziellen Schwierigkeiten des Landes darf nicht die Substanz unseres Zukunftspotenzials zerstören, die Entwicklungspotenziale für Kinder und Jugendliche einschränken und die Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen gefährden.

Deshalb haben wir der SPD in Sachsen-Anhalt in den Haushaltsberatungen angeboten, im Interesse der Verantwortung für unser Land und dessen Zukunftspotenziale, andere politische Mehrheiten gemeinsam mit der LINKEN zu ermöglichen. Ein Richtungswechsel ist möglich und notwendig.

132 DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich deshalb mit all ihrem politischen Gewicht
133 dafür einsetzen, dass die für 2014 geplanten Einschnitte bei der finanziellen
134 Förderung der Hochschulen des Landes und der Theater- und Orchesterlandschaft
135 verhindert werden. Einer Diskussion über neue Kooperationspotenziale und
136 Strukturen innerhalb und zwischen den Hochschulen Sachsen-Anhalts verschließen
137 wir uns nicht, eine Vorgabe finanzieller Einsparungen dagegen lehnen wir ab.

138
139 Den Abbau der Landesförderung für die Kinder- und Jugendarbeit akzeptieren wir
140 nicht. Sie sind das falsche Signal für ein kinder- und familienfreundliches Land, was
141 sich darum bemüht, das Leben und Arbeiten in diesem Land attraktiv zu gestalten.
142 Auch die Kürzungen der Unterstützungsleistungen des Landes für blinde oder
143 gehörlose Menschen lehnen wir ab. Mit einer solchen nahezu symbolischen
144 Kürzung ist das Problem der Haushaltskonsolidierung nicht einmal im Entferntesten
145 lösbar. Den Betroffenen hingegen entzieht es dringend nötige finanzielle Mittel, um
146 ihre Lebensqualität spürbar zu verbessern.

147
148 Zu einem Politikwechsel gehört für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt: der Wissenschaft
149 und der akademischen Ausbildung eine verlässliche Perspektive zu bieten, dem
150 notwendigen sozial-ökologischen Umbau einen Weg zu bahnen, mehr Chancen-
151 gleichheit für alle Kinder in der Kita und in der Schule zu ermöglichen und die
152 landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten für bessere Arbeits- und Einkommens-
153 verhältnisse sehr viel konsequenter zu nutzen.

154
155 Mit einem Politikwechsel wäre es auch möglich, den Druck für mehr Steuer-
156 gerechtigkeit und eine substanzielle Verbesserung der finanziellen Lage der
157 öffentlichen Haushalte und für eine sozial gerechte Gestaltung der Energiewende
158 deutlich zu erhöhen.

159
160 Im Interesse eines Kurswechsels werden wir gemeinsam mit BündnispartnerInnen
161 in den Gewerkschaften, den Vereinen und Verbänden, den Kulturschaffenden und
162 den von den Kürzungen betroffenen Menschen selbst den Druck auf SPD und CDU
163 erhöhen – im Parlament und auf der Straße. Als stärkste Oppositionspartei kämpfen
164 wir für Alternativen: in der Europapolitik, im Land und in den Kommunen. Eine
165 starke LINKE im Deutschen Bundestag ist eine starke Stimme für mögliche und
166 notwendige Veränderungen.

167
168 **Es bleibt dabei: DIE LINKE streitet für ein sozial gerechtes, zukunftsfähiges**
169 **und demokratisch gestaltetes Gemeinwesen – bundesweit, in den Ländern**
170 **und bei den Kommunal- und Europawahlen 2014.**